

## **11 Anträge (schriftlich)**

### **11.1 Barrierefreie Gemeinderatssitzung und Sitzungssäle im Rathaus – Inklusion gehörloser Menschen (GR<sup>in</sup> Cornelia Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wie bereits in meinem Antrag vom 24.3.2022 ausgeführt, ist es gehörlosen Menschen leider nicht möglich, den Gemeinderatssitzungen zu folgen.

Nach mehr als 8 Monaten wurde noch immer keine Lösung gefunden, möglichst allen Menschen die Teilnahme an demokratischen Prozessen in der Stadt Graz zu ermöglichen. Als Grund für die Verzögerung wurde mir die Prüfung der technischen Möglichkeiten und Durchführbarkeit genannt. Bis diese Prüfung abgeschlossen ist, wäre es ein erster Schritt, die Gemeinderatssitzungen zumindest mit Untertiteln zum Nachsehen zur Verfügung zu stellen. Weiters ist die induktive Höranlage im Stadtsenatssaal leider nicht für Menschen mit induktivem Hörgerät nutzbar. Laut Rückmeldung einer Teilnehmerin des Behindertenbeirates könnte das Fehlen eines Sprechermikrofons die Ursache sein. Namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

#### **Antrag:**

Die zuständigen Stellen mögen die technische Prüfung einer barrierefreien Gemeinderatssitzung für gehörlose Menschen ehestmöglich abschließen und umsetzen. Die Gemeinderatssitzungen sollen in der Zwischenzeit zumindest mit Untertiteln zum Nachsehen zur Verfügung gestellt werden.

Die induktive Höranlage im Stadtsenatssitzungssaal möge durch Beiziehen von Personen mit induktivem Hörgerät überprüft und ergänzt werden.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**11.2 Infotafeln für Notrufnummern im öffentlichen Raum  
(GR<sup>in</sup> Cornelia Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Kürzlich wurde von der Stadt Graz die Homeless Bill of Rights unterzeichnet. Als Grazer Volkspartei haben wir dazu unsere Bedenken und Vorbehalte klar formuliert und erläutert. Es bleibt weiterhin zu befürchten, dass Graz damit einen weiteren „Pullfaktor“ für Obdachlose aus den verschiedenen Regionen geschaffen hat. Unserer Meinung nach muss die Stadt Graz zusätzlich zu den bereits seit vielen Jahren installierten Hilfsangeboten Vorkehrungen und Informationen treffen und bereitstellen, um die bestmögliche Hilfeleistung für obdachlose Menschen gewährleisten zu können – dazu gehört auch, dass alle Bürger:innen im Bedarfsfall sofort handeln können.

Vor allem bei lebensbedrohlichen Situationen für wohnungslose Menschen, wie der momentanen Kälte, ist es wichtig, über die Hilfsangebote Bescheid zu wissen. Dazu zählen unter anderem das Kältetelefon der Caritas und die mobile Sozialarbeit. Die Installierung von Infotafeln an stark frequentierten Orten in der Stadt könnte beispielsweise helfen, nicht nur die Betroffenen, sondern vor allem auch jene Menschen, die helfen wollen, besser über die Möglichkeiten zu informieren. Bei der Installierung dieser Tafeln könnten jedoch auch weitere Hotlines und Hilfsangebote veröffentlicht werden, die nicht nur Obdachlosen, sondern auch anderen Bürger:innen der Stadt dienlich sind. So hätten vor allem auch weniger digitalaffine Personen die Möglichkeit, besser über die Angebote informiert zu sein und diese im Bedarfsfall auch nutzen.

Als Beispiel möchte ich die Kampagne „Ist Luisa da“, „WEIL“ oder auch die Notrufnummern für Jugendliche, Frauen und Männer nennen. Deswegen stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**Antrag:**

Die Stadt Graz möge die Hilfsangebote in der Stadt nach Zielgruppen prüfen und an zumindest fünf stark frequentierten Orten Infotafeln zu Hilfsangeboten in der Stadt installieren. Bei der Erhebung der Zielgruppen sollen insbesondere obdachlose Menschen sowie durch Gewalt oder Suizid gefährdete Menschen (Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer) berücksichtigt werden.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **11.3 Errichtung eines Kleinkinderspielplatzes im Roseggergarten (GR<sup>in</sup> Elisabeth Potzinger, ÖVP)**

Im Roseggergarten am Opernring befindet sich das bekannte Peter-Rosegger-Denkmal, das zu Ehren des großen steirischen Dichters unsere Stadt ziert. Im kommenden Jahr feiern wir ein doppeltes „Rosegger-Gedenkjahr“. Peter Roseggers Geburtstag jährt sich zum 180. Mal, vor 105 Jahren ist er verstorben.

Viele bekannte Geschichten aus seiner Feder waren und sind bei Kindern besonders beliebt, wie etwa „Als ich Christtagsfreude holen ging“ oder „Der Regenschirm“. Der Roseggergarten ist noch im Dornröschenschlaf, würde sich aber sehr gut für einen Kleinkinderspielplatz eignen. Gerade im innerstädtischen Bereich sind Orte, wo kleine Kinder sicher spielen können, ein oft geäußelter Wunsch junger Familien. Der Roseggergarten wäre ein ideales Areal für einen speziell für unter 6jährige Kinder geeigneten Spielplatz mit Kleinkinderspielgeräten und einer sicheren Einzäunung. Eine Bank neben dem Denkmal soll als „Märchenbank“ zum Vorlesen einladen. Graz kann damit als kinder-und familienfreundliche Stadt einen weiteren Beitrag leisten, damit sich junge Familien mit ihren kleinen Kindern bei uns besonders wohl fühlen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen werden ersucht, möglichst zeitnah die Errichtung eines Kleinkinderspielplatzes im Rosegggarten zu prüfen und umzusetzen.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**11.4 Bodenmarkierungen Emichgasse und Rohrbachergasse  
(GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Sicherheit im Straßenverkehr ist nach wie vor ein Thema, das unsere Aufmerksamkeit braucht. Vor allem in den verkehrsberuhigten Bereichen, in denen eine vermeintlich erhöhte Sicherheit herrscht, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Tempo-30-Zonen in Wohngebieten gehören dazu. Dort hält sich ein Großteil der Kfz-Lenker:innen nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung. Oftmals wird auch die Rechtsregel – wissentlich oder auch aus Unwissenheit – ignoriert. Hier könnten Beschilderungen, Bodenmarkierungen oder auch Haifischzähne das Bewusstsein schärfen bzw. für die notwendige Aufmerksamkeit sorgen. Aus den dargestellten Gründen stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

**Antrag,**

die zuständigen Stellen werden ersucht, die Möglichkeiten zu prüfen, Bodenmarkierungen in den im Betreff angeführten Gassen anzubringen und ihre Umsetzung zu veranlassen.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**11.5 Aufgaben der Ordnungswache  
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In einer Großstadt wie Graz mit mittlerweile über 300.000 Einwohner wird es immer schwieriger für die Exekutive, flächendeckend alle Verordnungen und Gesetze zu kontrollieren. Sie ist mittlerweile auch mit wiederkehrenden Herausforderungen konfrontiert, die aus zwischenmenschlichen Konflikten resultieren. Situationen, die sich z.B. aus Laubblas-, Grünschnitt- und Schneearbeiten ergeben, fallen besonders häufig darunter. Immer wird die Polizei gerufen, um hier schlichtend einzugreifen.

Um die Exekutive zu unterstützen und die Ordnung aufrecht zu erhalten, soll die Ordnungswache primär überwachend eingesetzt werden, jedoch künftig bei Verstößen auch ahnden dürfen. Für diesen Schritt ist es notwendig, die Ordnungswache personell aufzustocken und um Aufgabenfelder zu erweitern. Dieser Schritt soll gemeinsam mit der Polizei und den zuständigen Ämtern erarbeitet werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Aufstockung des Personals bzw. die Erweiterung des Aufgabenbereichs der Grazer Ordnungswache umsetzbar ist.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**11.6 Müll-Abtransport  
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Gerade in den Wintermonaten ist es sowohl für Bürger als auch die Abfallwirtschaft herausfordernd, den Müll-Abtransport sicherzustellen. Da es in Graz eine Vielzahl an engen Gassen gibt, deren Anrainer oft nicht in der Lage sind, die Mülleimer über weite Strecken zu transportieren, ist es notwendig, kleinere Mülltransporter zu verwenden, die diese engen Gassen befahren können. Ein Beispiel ist hierzu der Blasbauerweg im Bezirk Gösting. Hier gibt es Anrainer, die auf Grund ihres Alters die Mülltonnen nicht mehr den Hang hinunter bis zur Kreuzung Thalstraße bringen können. Laut Auskunft der Firma Servus, sind sowohl der Winter, enge und steile Gasse als auch die Größe der Fahrzeuge entscheidend, ob vor Ort abtransportiert werden kann.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, bei wie vielen Haushalten der Müll nicht direkt abgeholt werden kann und der Einsatz von kleineren Fahrzeugen möglich ist.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**11.7 Verkehrslösung Puchstraße – Puntigamer Straße  
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Puchstraße entwickelte sich in den letzten Jahren nahezu zu einer Hauptverkehrsader, was auch zu einem hohen Verkehrsaufkommen führt. Dies ist sowohl für Autofahrer als auch für Anrainer und ansässige Gewerbebetrieben eine Herausforderung. Durch Gespräche mit Anrainern wurde der Wunsch an uns herangetragen, die Ampelschaltung bei der Kreuzung Puchstraße/Puntigamer Straße zu optimieren. Viele Fahrzeuge biegen an dieser Kreuzung von der Puchstraße kommend nach links Richtung Südgürtel ab. Gleichzeitig kommt es dann auch zu einem Gegenverkehr, der in dieser Verkehrssituation auch Vorrang hat. Zusätzlich zur geänderten Ampelschaltung würde auch eine zweite Abbiegespur den Verkehrsfluss aus der Puchstraße kommend verbessern.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Ampelschaltung laut Motiventext optimiert und eine zweite Linksabbiegespur eingerichtet werden kann.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**11.8 Anti-Vandalismus-Paket für Graz sicherstellen!**  
**(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Immer wieder kommt es in der Landeshauptstadt zu Vandalismus-Akten gegen öffentliches Gut, Geschäftslokale oder Einrichtungen von diversen Vereinen oder politischen Parteien. Dass es sich dabei keineswegs um Kavaliersdelikte handelt, sollte jedem mündigen Bürger ohnedies klar sein. Dennoch nahm die mediale Berichterstattung über derartige Ereignisse in den vergangenen Jahren zu und auch die Bereitschaft zur Begehung derartiger Sachbeschädigungen ist offenkundig im Steigen begriffen.

Wie schnell man dabei zum Betroffenen werden kann und wie unterschiedlich die Auswahl der einzelnen Ziele ist, zeigt ein kurzer Abriss der Medienberichte der vergangenen Monate. So wurde beispielsweise das Lokal „Treffpunkt zum 5er“ im September 2022 bereits zum wiederholten Male Opfer von Vandalismus. Die Betreiberin findet in einem Artikel der „Kleinen Zeitung“ vom 26. September 2022 klare Worte zur Situation: „Meizenitsch hat nun jedenfalls genug: ‚Ich werde jetzt im Lokal eine Alarmanlage und eine Überwachungskamera installieren lassen.‘ Sie drängt aber auch auf mehr Sicherheit bei der Endstation insgesamt: ‚Vielleicht sollte man hier in unserer Gegend eine Polizeistelle einrichten, denn hier treiben sich bei den Radabstellplätzen auch Vandalen herum. Oder man schickt mehr Security oder die Ordnungswache vorbei.‘ Denn in der Nacht könne man sich bei der Haltestelle insgesamt nicht sehr sicher fühlen, obwohl es draußen ja eine Kamera der Holding Graz gebe.“

(Quelle: [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6194770/Endstation-inGrazPuntigam\\_Vandalismus-und-Einbrueche\\_Wirtin-ruft](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6194770/Endstation-inGrazPuntigam_Vandalismus-und-Einbrueche_Wirtin-ruft))

Dass nicht nur Wirtschaftsbetriebe, sondern auch Denkmäler Ziel von Vandalismus werden können, zeigen die wiederholten Anschläge auf die Hans-Kloepfer-Büste am Grazer Schloßberg. Im Juni 2020 wurde diese zuletzt beschmiert und musste in weitere

Folge abgebaut und zur Restauration verbracht werden. Was Kloepfer – immerhin Ehrenbürger der Stadt Graz – zu einem beliebten Angriffsziel für Meinungsterroristen macht, erläutert die „Kronen Zeitung“ in einem Bericht vom 16. Juni 2022: „Am vergangenen Wochenende geriet das Denkmal des weststeirischen Mundartdichters Hans Kloepfer am Grazer Schloßberg ins Visier unbekannter Täter: Büste und Sockel wurden mit roter Farbe beschmiert – ‚Schluss mit Schweigen‘ steht da zu lesen. Aufgrund seiner deutschnationalen Einstellung und seiner Sympathie für den Nationalsozialismus war und ist der 1944 in Köflach verstorbene Schriftsteller umstritten.“

(Quelle: <https://www.krone.at/2173046>)

Aber auch Vereinslokale bleiben vor Vandalen nicht verschont. Erst im November 2022 wurde der Vereinssitz der „RosaLila PantherInnen“ attackiert. In der Nacht von 11. auf 12. November wurde bei deren Vereinslokal in der Grazer Annenstraße das Schaufenster eingeschlagen – auch dabei handelte es sich nicht um den ersten Vorfall dieser Art – bereits zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren wurde der Verein Opfer von Sachbeschädigung. Die Stadt Graz muss nun endlich Schritte setzen, die für eine Sensibilisierung in der Thematik des Vandalismus sorgen. Es braucht dafür eine effektive Präventionsarbeit an den Grazer Schulen einerseits sowie eine nachhaltige Stärkung der Ordnungswache und der Zusammenarbeit derselben mit dem Stadtpolizeikommando andererseits. Darüber hinaus muss auch der Gemeinderat einmal jährlich über das Ausmaß der Sachbeschädigungen in der Landeshauptstadt in Kenntnis gesetzt werden. Neben den Maßnahmen auf Stadtebene ist auch die Justizministerin angehalten, eine Verschärfung der Strafrechtsbestimmungen im Zusammenhang mit Sachbeschädigungsdelikten zu prüfen. Daher stelle ich nachfolgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz werden aufgefordert:

1. Präventionsvorträge der Polizei in Schulen mit dem Schwerpunkt Vandalismus und dessen Folgen sowie eine Kampagne der Stadt Graz, welche darauf hinweist, dass Vandalismus und Sachbeschädigung schwerwiegende Delikte sind, sicherzustellen.
2. Die Stärkung der Ordnungswache Graz und den klaren Auftrag, verstärktes Augenmerk auf Vandalismus und Sachbeschädigungsdelikte zu richten sowie konsequentes Anzeigen sämtlicher Zerstörungen insbesondere öffentlichen Eigentums in Absprache mit den Verantwortlichen des Stadtpolizeikommandos in die Wege zu leiten.
3. Vorlegen eines jährlichen Vandalismus-Berichts an den Gemeinderat der Stadt Graz, in dem vor allem auch die Verunstaltung und Zerstörung öffentlichen Eigentums, der dadurch entstandene Schaden sowie erfolgreich durchgesetzte Schadenswiedergutmachungen festzuhalten sind.
4. Richten eines Schreibens der Stadt Graz an die Justizministerin Alma Zadić, in dem sie ersucht wird zu prüfen, inwiefern eine Verschärfung der Sachbeschädigungsdelikte im Strafrecht umsetzbar ist.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**11.9 Auswirkungen des Verbrennungsmotorverbots auf den Wirtschaftsstandort Graz  
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Am 8. Juni 2022 hat das EU Parlament ein Verkaufsverbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2035 beschlossen. Abgeordnete von ÖVP und FPÖ waren klar dagegen, jene von SPÖ, NEOS und GRÜNEN dafür. ÖVP-Verkehrssprecherin Barbara Thaler: „Europa braucht den Verbrennungsmotor, und es hat überhaupt

keinen Sinn, ihn zu verbieten, wenn wir ihn über 2035 hinaus weiterhin sinnvoll und klimaneutral verwenden können“. Auch die Freiheitlichen monierten den Beschluss, der gerade in Zeiten einer Rekordinflation und ständig steigenden Lebenserhaltungskosten „an den wahren Bedürfnissen der Menschen“ vorbeigehe. SPÖ, GRÜNE und NEOS begrüßten dagegen den Beschluss und sahen darin ein wichtiges Zeichen für den Klimaschutz. Forscher und Wissenschaftler der Technischen Universität Graz (TU) sehen das Aus des Verbrennungsmotors kritisch und befürchten, dass Autofahren zum Luxusgut wird. Wiewohl Elektroautos von der öffentlichen Hand teilweise stark gefördert und preislich gestützt werden, sind sie dennoch nicht konkurrenzfähig. Selbst wenn sich das preisliche Niveau von Verbrennungs- und Elektromotoren einmal einpendeln sollte, rechnen Experten mit einem deutlichen Anstieg der Mobilitätskosten. Univ.-Prof. DI Dr. Helmut Eichlseder von der TU Graz verweist auch auf den Umstand, dass Elektroautos keineswegs klimaneutral sind, da sie einen enormen Energiebedarf benötigen. Alleine „die Herstellung einer Batterie für ein Elektroauto entspricht einer Fahrtstrecke von 70.000 Kilometer des Fahrzeuges. Erst wenn diese Fahrtstrecke erreicht wurde, ist die CO<sub>2</sub>-Bilanz des E-Autos ausgeglichen“, so der Wissenschaftler.

(Quelle: <https://steiermark.orf.at/stories/3159985/>)

Ein komplettes Aus für den Verbrennungsmotor bei Fahrzeugen hat freilich auch unmittelbare Auswirkungen auf den steirischen Mobilitätscluster AC-Styria. Darin sind rund 300 Unternehmen aus den Bereichen Automobil, Aerospace und Rail-System vernetzt. Alleine 16.000 Mitarbeiter gehören dem Zulieferkonzern Magna – davon rund 11.000 Beschäftigte in Graz – an.

Die Forcierung von Wasserstoff, E-Mobilität und Hybrid lässt in Zukunft hoffentlich neue Berufsfelder entstehen. Fraglich ist jedoch, ob Maschinenbau- und Automobilingenieure noch benötigt werden, wenn der Verbrennungsmotor für Autos endgültig verboten ist. Das planmäßig vorgesehene Aus dieser Antriebsart ist sowohl für die Zulieferindustrie als auch den heimischen Arbeitsmarkt von fundamentaler Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass gerade der Wirtschaftsraum Graz

maßgeblich unter dem Verbrennungsmotorverbot leiden würde. In diesem Zusammenhang sollte in Zusammenarbeit mit einschlägigen Experten und Wissenschaftlern des Universitätsstandortes Graz eine Studie in Auftrag gegeben werden, um die konkreten Auswirkungen auf die steirische Landeshauptstadt in Erfahrung zu bringen.

Daher stelle ich nachfolgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit einschlägigen Experten und Wissenschaftlern des Universitätsstandortes Graz eine Studie in Auftrag zu geben, welche die Auswirkungen des Verbrennungsmotorverbots auf den Wirtschaftsstandort Graz zum Inhalt hat.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**11.10 Sexueller Belästigung im Schwimmbad den Kampf ansagen!  
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Dass es in der Vergangenheit in Freizeit- und Sportanlagen und darunter insbesondere in Schwimm- bzw. Freibädern immer wieder zu sexueller Belästigung und derartigen Übergriffen kam, ist ebenso bekannt wie erschütternd. Jedes Jahr werden zahlreiche Vorfälle publik, wonach Mädchen und Frauen von männlichen Badegästen bedrängt oder sexuell belästigt wurden. Nicht selten handelt es sich dabei um ausländische Täter. Im Sommer des letzten Jahres kam es etwa zu einem Vorfall in einem Linzer Freibad, bei dem zwei 13-jährige Mädchen von zwei jungen Burschen – es handelte

sich um einen elfjährigen Nordmazedonier und einen zwölfjährigen Syrer – belästigt und unsittlich berührt wurden.

(Quelle: <https://ooe.orf.at/stories/3111499/>)

Auch in der Steiermark kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu sexueller Belästigung in Schwimmbädern oder Badeseen, unter anderem durch Asylwerber. Medial berichtet wurde etwa über den Vorfall zweier Mädchen im Alter von elf und 14 Jahren, die damals im Judenburg Freibad von einem 45-jährigen Afghanen unsittlich berührt wurden.

(Quelle:

[https://www.kleinezeitung.at/steiermark/murtal/5057126/Judenburg\\_Maedchen-in-Freibadbelaestigt](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/murtal/5057126/Judenburg_Maedchen-in-Freibadbelaestigt))

Auch im vergangenen Sommer wurde der eine oder andere Fall, wie etwa jener in einem Zillertaler Freibad, bekannt. Die Mehrheit derartiger Vorfälle dürfte allerdings nicht an die Öffentlichkeit gelangen, da diese von den Betroffenen oftmals aus Scham verschwiegen werden. Eine genaue Zahl an Übergriffen bzw. Fällen von sexueller Belästigung ist folglich schwer auszumachen. Als Reaktion auf den Vorfall im Linzer Parkbad reagierte die Politik jedenfalls insofern, als im Jahr 2021 die Informations- und Sensibilisierungs-Kampagne „NO GO – Schau nicht weg bei sexueller Belästigung im Schwimmbad“ von der oberösterreichischen Landesregierung ins Leben gerufen wurde. Ebenso wurden die im Freibad eingesetzten Sicherheitsleute verdoppelt, wonach neben dem geschulten Bäderpersonal auch Sicherheitsfachleute in Uniform im Einsatz waren, um derartige Vorfälle zu verhindern.

(Quelle: <https://ooe.orf.at/stories/3111499/>)

Auch im Jahr 2022 wurde die Kampagne „NO GO“ in Oberösterreich fortgesetzt. In Kooperation mit oberösterreichischen Gemeinden, die Freibäder betreiben, wurden den Betreibern sowie Kiosken auch in der vergangenen Badesaison wieder Plakate, Sticker und Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Die Sujets sollen allen

Badegästen signalisieren, dass der Betrieb das Thema ernst nimmt und übergriffiges Verhalten nicht akzeptiert wird – also ein „NO GO“ ist. Es soll ein Bewusstsein für die Thematik geschaffen werden und jeder Schwimmbad- oder Badeseebesucher ermutigt hinzuschauen, einzugreifen oder Hilfe zu holen. Ziel der Kampagne ist es, mehr Sicherheit in den oberösterreichischen Schwimmbädern und an den Badeseen zu garantieren. Zudem sollen Mitarbeiter der Badeanstalten auch als Ansprechpartner für betroffene Mädchen und Frauen sowie besorgte Badegäste ausgebildet werden. „NO GO – schau nicht weg bei sexueller Belästigung im Schwimmbad“ transportiert drei klare Botschaften: Sexualisierte Übergriffe jeglicher Art werden nicht geduldet, Grenzüberschreitungen haben Folgen und Betroffene erhalten direkt Hilfe und Unterstützung“, begründet die oberösterreichische Landesregierung die Kampagne, welche samt den entsprechenden Sujets auf der Homepage des Frauenreferats Oberösterreich abrufbar ist.

(Quelle: [www.frauenreferat-ooe.at/nogo](http://www.frauenreferat-ooe.at/nogo))

Dem Beispiel Linz folgten bereits andere oberösterreichische Städte und Gemeinden wie etwa die Stadt Wels, die den Badegästen im städtischen Freizeitbad „Welldorado“ eine unbeschwerte Badesaison ermöglichen möchte. „Frauen und Mädchen sollen das Schwimmbad als sicheren Ort erleben, den sie unbehelligt von sexuellen Übergriffen und anzüglichen Gesten in Anspruch nehmen können. Mit der Teilnahme an der ‚NO GO‘-Kampagne signalisiert die Stadt Wels ganz klar, dass sexualisierte Übergriffe jeglicher Art nicht geduldet werden und Grenzüberschreitungen Folgen haben“, so die freiheitliche Vizebürgermeisterin und Frauenreferentin Christa Raggl-Mühlberger in einer Aussendung am 22. April 2022. (Quelle: <https://www.wels-aktuell.at/2022/04/22/welldorado-freibadoeffnet-planmaessig-im-mai/>)

Bereits im Mai dieses Jahres brachten die Freiheitlichen einen Antrag im Landtag Steiermark ein, mit dem Ziel, eine Kampagne gegen sexuelle Belästigung im Schwimmbad am Vorbild Oberösterreichs zu initiieren. Auch im Grazer Gemeinderat stand dieses Thema auf Initiative der Freiheitlichen auf der Tagesordnung.

Bedauerlicherweise wurde das freiheitliche Anliegen weder im Landtag, noch im Grazer Gemeinderat im erforderlichen Ausmaß debattiert. Dies ist insofern bemerkenswert, als KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr Ende Juni 2021 eine ähnliche Aktion der Stadt Graz präsentierte. Nach dem Leitsatz „gemeinsam gegen sexuelle Belästigung und Gewalt“ wurde das Projekt „Luisa geht schwimmen“ ins Leben gerufen. Mit diesem einfachen Codewort sollen sich Betroffene von sexueller Belästigung in Grazer Schwimmbädern Hilfe holen können.

(Quelle: [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6158367/Luisa-geht-schwimmen\\_Graz-sagt-sexueller-Belaestigung-im-Freibad](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6158367/Luisa-geht-schwimmen_Graz-sagt-sexueller-Belaestigung-im-Freibad))

Die Aktion „NO GO“, welche in Oberösterreich auf zahlreiche positive Rückmeldungen stieß, gab es bisher nur in Freibädern und Badeseen. Heuer soll diese erstmalig auch im Winter in Thermen- und Hallenbädern fortgesetzt werden. Die Pilotgemeinden St. Ulrich bei Steyr und Ried im Innkreis sowie die Gemeinden Traun und Pregarten haben bereits erklärt, die Kampagne in ihren Hallenbädern umzusetzen. Weitere Kooperationspartner hätten sich bereits angekündigt.

(Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000140612987/no-go-kampagne-gegen-sexuelle-uebergriffe-inoberoesterreichischen-hallenbaedern>)

Im Hinblick auf die erfolgreiche Aktion der Oberöreicher – unter anderem in den Städten Linz und Wels – sollte das Grazer Projekt „Luisa geht schwimmen“ aus freiheitlicher Sicht auch in der kühleren Jahreszeit fortgesetzt und auf Hallenbäder ausgeweitet werden. Ziel muss es sein, allen Badegästen einen unbeschwerten Badebesuch – sei es im Freibad oder im Hallenbad – zu ermöglichen und diese vor sexualisierten Übergriffen jeglicher Art zu schützen.

Daher stelle ich nachfolgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz wird aufgefordert, das im Sommer 2021 ins Leben gerufene Projekt „Luisa geht schwimmen“ am Vorbild der oberösterreichischen Kampagne „NO GO“ auf Hallenbäder auszuweiten und gegebenenfalls mit zusätzlichen Maßnahmen zu ergänzen, um allen Badegästen sowohl im Sommer als auch im Winter einen unbeschwerten Badebesuch in Freibädern und Hallenbädern zu ermöglichen und diese vor sexualisierten Übergriffen jeglicher Art zu schützen.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 20.35 Uhr.

Die Vorsitzenden:

-----  
Bürgermeisterin  
Elke Kahr

-----  
Bürgermeisterin-Stellvertreterin  
Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner

-----  
Stadtrat  
Manfred Eber

Schriftführer und Schriftprüfer:

-----  
Der Schriftführer:  
Wolfgang Polz

-----  
Der Schriftprüfer:  
GR Ing. Roland Lohr

wörtliches Protokoll erstellt von: Bettina Strametz